Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 47. | Dresden, Sonnabend den 25. Februar 1911. | 22. Jahrg.

Französische Kämpfe.

Militärrüstungen und Friedensidee.

In der Humanité schreibt Jaurès: „Durch das Chaos von Dummheit, Gewalt und Wildentum geht langsam die Friedensidee ihren Weg.“ In der Tat: Die Debatten, die in den Parlamenten Frankreichs, Deutschlands und Oesterreichs stattgehabt haben, rechtfertigen dieses Wort vom „Chaos von Dummheit, Gewalt und Wildentum“. Noch herrschen diese Mächte, ja sie scheinen an Stärke noch immer zu wachsen. Europa befindet sich wieder in einer neuen Phase des Rüstungswettlaufs. Frankreich beschließt neue Panzerschiffe zu bauen, Deutschland beschließt eine neue Militärvorlage, Oesterreich entwickelt sich militaristischer denn jemals.

Und doch — die Friedensidee geht ihren Weg. Sie stoßen gegen die am tiefsten eingewurzelten Vorurteile an, sie kämpfen, sie hat eine Welt von mächtigen Profitinteressen zu überwinden. Aber sie geht ihren Weg.

Die jüngsten Verhandlungen der französischen Kammer und ihre Beschlüsse waren doch recht beachtenswert. Im Verlauf der Marinedebatte stellte der Sozialdemokrat Sembat (sprich sangbah) dieselbe Forderung an die französische Regierung, die von unsern Vertretern im Reichstag bei der Beratung der Militärvorlage an die deutsche Regierung gerichtet wurde. Sembat sagte u. a.:

„Heute droht von England unserem Frieden keine Gefahr. Mit dem guten Willen beider Länder ist die Entente cordiale zustande gekommen. Weshalb wenden wir uns heute nicht nach Deutschland, um mit gleichem guten Willen ein gleich günstiges Resultat zu erzielen? (Beifall bei den Sozialisten.) Die sozialistische Partei erwartet, daß Frankreich eine internationale Verständigung über eine gleichzeitige Rüstungsbeschränkung einleiten wird. (Applaus bei den Sozialisten.) England ist bereit, diesen Weg einzuschlagen; in Deutschland erheben sich viele Stimmen für das gleiche Ideal. Wenn die Kammer unserem Vorschlag zustimmte, so würde die öffentliche Meinung jedes Landes die Regierungen zwingen, dem Beispiel Frankreichs zu folgen. Frankreich ist ganz nicht kleiner, wohl aber größer und bewunderungswürdiger aus dieser Periode moralischer Ueberwindung hervor. Es erfüllt hier die zivilisatorische Aufgabe erfüllt, die ihm zufällt.“ (Beifall bei den Sozialisten.)

Sembat brachte folgenden Antrag ein:

„Die Kammer fordert die Regierung auf, mit den anderen Mächten, besonders mit Deutschland und England, Verhandlungen zu eröffnen, die eine gleichzeitige Beschränkung der Rüstungen zum Ziel haben, und inzwischen mit den Aufträgen zum Flottenbau zu warten.“

Der Minister des Auswärtigen, Herr Pichon (sprich Schong), bewies in seiner Erwiderung, daß die gegenwärtige französische Regierung — von der in deutschen Blättern oft fälschlich gesagt wird, sie sei eine „sozialistische Regierung“ — es den Staatsmännern anderer Militärstaaten in der Phraseologie des „bewaffneten Friedens“ durchaus gleichtun versteht. Er erklärte:

„Die Regierung kann den Vorschlag Sembats nicht annehmen. Sie ist der Meinung, daß dieser Vorschlag ein praktisches Resultat nicht haben kann, und daß er den Interessen des Landes Schaden bringt. Während Frankreich über die Beschränkung seiner Rüstungen diskutiert, würden die anderen Mächte, die uns ohnehin voraus sind, weiter rüsten. Die Frage ist im Senat besprochen worden, ohne daß ein Erfolg zu erreichen war. Die Regierung ist bereit, gemäß dem auf der Konferenz von 1904 gegebenen Versprechen die Frage zu studieren, kann aber nicht vorübergehen. Weder in den Vereinigten Staaten noch in England noch in Deutschland schlägt man eine Beschränkung der Rüstungen vor. Die beste Garantie für den Frieden liegt in der Stärke des Heeres und der Marine.“ (Beifall im Zentrum.)

Unser Parteigenosse Sembat erwiderte:

„Ich wundere mich darüber, daß der Minister so entschieden geredet, und noch mehr über den Ton seiner Ablehnung. Es ist bedauerlich, daß die Bemühungen um die Einführung eines Weltschiedsgerichts diskreditiert werden. Die Diplomatie scheint die Möglichkeiten zu haben, die Völker in blutigen Konflikt zu verwickeln, aber nicht, um sie zu beseitigen. Die wiederholten Vorschläge Englands, die Gedanken der Abrüstung und die Unterstützung, die der Gedanke im deutschen Reichstage gefunden, sind keine üblen Symptome. Das Spiel Frankreichs würde als große Kulturtat empfunden werden. Die Kammer muß gegen den Krieg nicht minder Schutzmittel ergreifen wie gegen die Pest und Cholera.“ (Beifall bei den Sozialisten.)

Von Interesse sind nun die Abstimmungen der Kammer. Der erste Teil des Antrags Sembat, der die Regierung auffordert, Verhandlungen zur Rüstungsbeschränkung mit den Regierungen der anderen Staaten, besonders mit der deutschen, einzuleiten, wurde mit 352 gegen 189 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit ist also eine erfreulich große, sie ist größer, als erwartet werden konnte. Außerdem aber kam noch ein Antrag Dumont zur Annahme, der besagt, die Regierung möge die Frage der Rüstungsbeschränkungen auf die Tagesordnung der nächsten Haager Konferenz bringen. Für diesen Antrag stimmten 476 Deputierte, dagegen 56.

Es zeigt sich, daß, wie Jaurès sagt, die Friedensidee langsam ihren Weg geht. Uebermächtig sind noch die militärischen Anschauungen. Die Regierungsvertretung weist auf andere Mächte hin, die in den Rüstungen voran seien, daher müsse auch Frankreich weiter rüsten. Die Kammer beschließt dementsprechend die neuen bedeutenden Aufwendungen für die Marine. Nur die Sozialisten machen diese Politik des „bewaffneten Friedens“ nicht mit. Also eine ganz ähnliche Situation wie im deutschen Reichstag, wo fast ausschließlich die Sozialdemokratie die Militärvorlage ablehnte. Aber in der französischen Kammer finden sich andrerseits noch über 100 Nicht-Sozialdemokraten, die wenigstens so weit mit unserer Partei gehen, daß sie, gegen Wunsch und Mahnung der Regierung, die Einleitung von Verhandlungen zur Rüstungsbeschränkung verlangen. Das ist, im Vergleich zu der Unterwürfigkeit der deutschen Liberalen in der Militärfrage, immerhin ein gewisser Fortschritt, den wir bewillkommnen dürfen. Die Empfindung von der Unhaltbarkeit der ungeheuerlichen Rüstungssteigerungen verbreitet sich weiter und weiter. Aber diese Empfindung vermag sich noch nicht zur Tat zu erheben, man bewilligt mit einer Hand neue Panzerschiffe, man erhebt die andere Hand für Abrüstungsverhandlungen. Das ist die große zivilisatorische Aufgabe der Sozialdemokratie, die noch von militaristischen und nationalistischen Vorstellungen beherrschten Völker über diese Widersprüche hinauszuführen und die Rüstungspolitik tatsächlich zu überwinden. Zweifellos kann dieser Erfolg aber erst dann erzielt werden, wenn zugleich die Arbeiterklasse den Kapitalismus niederzwingt, dessen internationale Konkurrenzkämpfe in dem gegenwärtigen Zeitalter hauptsächlich die nationalen Gegensätze und den Rüstungswahn verursachen.

Die Sozialdemokratie, indem sie in allen Staaten in bewundernswerter Einheitlichkeit die Militär- und Marinepolitik der kapitalistischen Regierungen bekämpft, wird der Friedensidee den Weg bahnen!

• • •

Kritische Situation des Ministeriums Briand.

Paris, 24. Februar. In der Nachmittagssitzung der Kammer interpellierten die Deputierten Paul Meunier und Maldy über die Anwendung der Gesetze, die sich auf die geistlichen Orden beziehen.

Paul Meunier sagte, daß entgegen dem Gesetz von 1901 noch zahlreiche Kongregationen ohne Autorisation in Frankreich bestehen. Die Ordensschulen seien beinahe so zahlreich und so blühend wie vor dem Trennungsgesetz von 1904. Die Orden, die scheinbar aufgelöst wurden und ihre Sitze ins Ausland verlegten, unterhalten in Frankreich Pensionate, Heilanstalten, Unterrichtsinstitute und gründen Vereine politischer und sozialer Natur. In Paris bestehen noch zahlreiche kleine jesuitische Gruppierungen. Redner nennt zwei Orden, die sich sofort nach der Auflösung wieder konstituiert hätten, eine Lehrgemeinschaft der „Schwestern der christlichen Vorsehung“ in Troyes und den Orden der Redemptoristen. Es sei Pflicht der Republik, ohne Schwäche und ohne Rückschritt das Werk der Befreiung vom kirchlichen Einfluß fortzusetzen. (Beifall.)

Während Paul Meunier nur im allgemeinen Sinne gesprochen griff Maldy direkt Briand an. Er beginnt mit den Daten, die Paul Meunier gegeben, hebt ihre Wichtigkeit hervor und sagt, daß die gerichtliche Verfolgung der Orden und der Bischöfe lässig und parteilich gewesen sei. „Während noch auf die Liquidation von 1800 Ordenshäusern gewartet wird,“ sagt er, „sind die Orden nicht müßig. Sie versuchen aufs neue, in Frankreich Fuß zu fassen. Schuld daran ist die Schwäche der Regierung bei Anwendung der Gesetze, und diese Schwäche ist eine Folge der unglücklichen Politik, die mit dem Schlagwort „apaisement“ bezeichnet wird.“ (Protest und Beifall.) Als Schlußeffekt sagt Maldy, er wolle ein Beispiel zitieren, das ihn dazu veranlasse, fortan dem Ministerpräsidenten sein Vertrauen zu versagen. (Rufe: „Sprechen Sie!“ Briand macht gleichfalls eine Bewegung, die wie die Aufforderung zum Sprechen aussieht.)

Maldy sagt: „In einem Wahlkreis gab es ein Jesuitenkolleg, das unter dem Deckmantel einer bürgerlichen Gesellschaft existierte. Im letzten Monat sollte die Gesellschaft liquidiert werden, als eine Gruppe von Familienvätern auftrat, die um die Autorisation ersuchte, einen Mietsvertrag zu schließen, natürlich um dem heimlichen Orden den Weiterbestand zu sichern. Politische Einflüsse machten sich geltend und der Ministerpräsident hat den Vertrag genehmigt.“ Zwischenrufe: „Wo ist das geschehen?“ Maldy: „In Saint Etienne! (dem Wahlkreise Briands). Der Ministerpräsident hat also die Jesuiten und ihren Unterricht begünstigt. Das Land will eine Politik der Befreiung und der sozialen Reformen. Der Ministerpräsident vergißt die eine Pflicht und kümmert sich nicht um die andere. Wie kann er verlangen, daß wir zu ihm Vertrauen haben?“ (Lebhafter Beifall auf der äußersten Linken und auf einigen Bänken links.) Briand erwidert nur kurz, ohne den von Maldy angeführten Fall zunächst zu erwähnen: Er sei nicht geneigt, die Politik zu ändern, die er seit zehn Jahren geführt. Maldy habe als Berichterstatter des Kultusbudgets die Akten der Verwaltung von ihm verlangt, und er habe sie ihm zur Verfügung gestellt, weil es nichts in ihnen zu verbergen gebe. Die Worte Maldys beweisen daß er von diesen Akten reichlich Gebrauch gemacht. Das war sein Recht, sogar seine Pflicht. Seine Vorwürfe könnten sich weit eher gegen die Gerichte und die Liquidatoren wenden als gegen die Regierung. Er schließt mit der Aufforderung, die Kammer möge sich klar werden, ob sie der Regierung vertrauen wolle oder nicht. Wer das Vertrauen versage, müsse so klar und rücksichtslos sprechen wie Herr Maldy, aber nicht für das Kabinett öffentlich votieren und heimlich gegen das Kabinett intrigieren. (Beifall links und im Zentrum.)

Maldy kommt noch einmal auf die Angelegenheit von Saint Etienne zurück. Da Briand geschwiegen habe, so habe er die Tatsache zugegeben.

Briand: Ich habe geschwiegen, weil ich mich erst informieren mußte. Es existierte kein gezeichneter Vertrag. Den Familienvätern, welche die Fortsetzung des Unterrichts wünschten, wurde die Erlaubnis bis zu den Osterferien erteilt. (Sehr gut! auf verschiedenen Bänken.)

Maldy: Diese Familienväter sind vorgeschobene Personen der Jesuiten. Es bleibt bestehen, daß der Ministerpräsident ihnen Entgegenkommen bewiesen hat.

Briand lehnt die Tagesordnung Maldy ab und stellt die Vertrauensfrage für die Priorität. Die Stimmung in der Kammer ist gereizt, da die energische Wendung gegen die Klerikalen in Briands Rede vergebens erwartet wurde. Dennoch wird die Tagesordnung Maldy mit 77 Stimmen Mehrheit abgelehnt. Der erste Teil der von Briand angenommenen Tagesordnung Dreyfus bringt nach der Auszählung eine noch geringere Mehrheit von 24 Stimmen. Die Kammer ist außerordentlich aufgeregt. Man erwartet die Demission. Briand, von den Ministern umgeben, verläßt den Saal, während der Rest der Tagesordnung beraten wird. Der zweite Teil der Tagesordnung Dreyfus wird dann mit 354 Stimmen und darauf die gesamte Tagesordnung mit 16 Stimmen Mehrheit angenommen. Dies Resultat bedeutet den Fall des Kabinetts, wird aber nur auf der äußersten Linken mit Beifall begrüßt. Briand schweigt. Es wird erwartet, daß er morgen seine Demission gibt.

Als die Tagesordnung Dreyfus, die der Regierung das Vertrauen aussprach, mit einer Mehrheit von nur 16 Stimmen angenommen war, wartete wohl ein jeder im Saale des Palais Bourbon, daß Briand erklären würde, er lege die Regierung nieder. Er hat es nicht getan. Er saß auf der Ministerbank zwischen Pichon und dem Finanzminister Klotz und lächelte. Mit einem bitteren Lächeln sah er zu den früheren Genossen der äußersten Linken hinüber, die allein bei dem Vorlesen des verhängnisvollen Resultats applaudierten. Wie in seiner Umgebung verlautet, will er in der Nacht die Stimmen prüfen, die über das Schicksal seines Kabinetts entschieden haben; dann wird er morgen gehen. Die klugen Leute, die eine dramatische Abschiedserklärung vor der Kammer von ihm erwartet hatten, behaupteten freilich er würde mit dieser Majorität im Amte bleiben und wiesen darauf hin, daß schon Neuerungen mit einer Majorität von fünf Stimmen existiert haben. Aber der Fall scheint wenig plausibel; weit wahrscheinlicher scheint es, daß Briand morgen geht. Er wird für die Regierung ein furchtbarer Gegner sein. In jedem Fall ist aber das Kabinett Briand heute noch nicht beseitigt. Briand soll aber Freunden erklärt haben, daß er mit so geringer Majorität nicht bleibe.

Paris, 25. Februar. Bis in die späte Nachtstunde war das Ergebnis der ministeriellen Beratung noch nicht bekannt. Im Ministerium des Innern herrscht lebhafte Bewegung. Die Freunde Briands versichern, daß dieser sein Versprechen einlösen und er Fallières morgen mittag die Demission des Kabinetts vorlegen wird, falls sich bei genauerer Zählung der Stimmen herausstellen wird, daß die bei der Schlußabstimmung erlangte Regierungsmajorität nur durch die Unterstützung eines Teiles der gemäßigten Republikaner erlangt wurde. Die eigentliche Majorität beträgt nur sechs Stimmen, da zehn Stimmen auf die Minister und die Unterstaatssekretäre entfallen. Wenn Fallières morgen den Kammerpräsidenten Brisson zu sich bitten läßt, um über die Stimmung der Kammer Genaueres zu erfahren, so wird dies im Einvernehmen mit Briand geschehen. Die Sozialisten haben heute wie ein Mann gegen Briand gestimmt, weil sie von einem Kabinett Berteaux die Erfüllung eines großen Teils ihrer Forderungen erwarten. Als sicher gilt daß an einer neuen ministeriellen Kombination Minister Pichon sich nicht beteiligen wird, da er sehr ruhebedürftig ist.

Deutsches Reich.

Die Annahme der Militärvorlage.

Wie die Donnerstag-Sitzung stand auch die Freitag-Sitzung des Reichstags unter dem Zeichen des Militarismus. Zunächst wurde über den entscheidenden Paragraphen der Heeresvorlage abgestimmt. Die Abstimmung ergab, wie nicht anders zu erwarten war, die Annahme mit großer Mehrheit. Außer unserer Fraktion stimmten nur die Polen geschlossen dagegen. Der schöne Aichbichlerritus der bunten Stimmkarten macht es unmöglich, sofort alle Einzelheiten der Abstimmung festzustellen. So viel aber steht schon jetzt fest, daß nur ganz wenige engere Landsleute dem Dr. Heim bei der Abstimmung der Vorlage gefolgt sind. Man sagt sogar, es seien nur zwei, nämlich der biedere Malermeister Irl und der General Häusler. Das würde erklären, warum das Zentrum nicht mehr den scharf kritischen Fachmann, sondern den salbadernden Allerweltsjüngling Erzberger als Sprecher bei militärischen Angelegenheiten versendet. Erzberger eröffnete die Reihe der Generalredner zum Militäretat. Aber auf den Lobhudler folgte gleich der unerbittliche Kritiker in Gestalt des Genossen Noske, der an der Hand eines überreichen Materials den Militarismus in seiner ganzen Volks-, Bildungs- und Freiheitsfeindlichkeit enthüllte. Auch der nunmehr folgende Redner Dr. Müller-Meiningen zeigte sich mit manchen Einzelerscheinungen unseres herrlichen Kriegsheeres nicht einverstanden und übte stellenweise ziemlich scharfe Kritik, wenn sich natürlich auch der Fortschritt nach der Bülow-Episode noch weniger als vorher zu der kurzen und bündigen Parole aufschwingen kann, in die Noske unsere Stellung zum Militarismus zusammenfaßte und mit der er seine vorzügliche Rede schloß: Krieg bis aufs Messer gegen den Militarismus.

Die beiden Oppositionsredner riefen Herrn v. Heeringen auf die Rednerbühne. Der alte Haudegen mag ein guter Soldat und eine ehrliche Haut sein; aber selbst für einen preußischen Kriegsminister ist das Gedankenmaterial, das ihm zur Verfügung steht, auffallend gering. Eigentlich hat er nur eine Platte auf seiner Walze, und die lautet: Disziplin! Disziplin ist es, wenn Untergebene hundertmal so hart bestraft

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110225/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG